HEINRICH BÖLL STIFTUNG

iran-report

Nr. 02/2007

ایران ریپورت

I. Innenpolitik
Kritik an Ahmadinedschad wird immer offener und lauter / Kampagne für eine Million Unterschriften für Gleichberechtigung / Atomspion festgenommen / Drei Gefangene hingerichtet / Erste Omnibusfahrerin in Teheran

II. Wirtschaft
Teheran erstickt in Abgasen / USA wollen Geschäfte mit Iran verhindern / Washington verbietet Geschäfte mit der iranischen Sepah-Bank / Irans Ölindustrie in der Krise / Deutsche Maschinenbauer kritisieren Unklarheiten bei Sanktionen gegen Iran

III. Außenpolitik
Aufbau einer Front gegen Iran / Experte: US-Pläne zum groß angelegten Angriff auf Iran / US-Armee zur Tötung von Iranern ermächtigt / Zeitungsbericht: Israel plant Angriff mit Nuklearwaffen auf Irans Atomanlangen / Gemeinsam gegen Iran - Erklärung der USA und arabischer Staaten / Iran dementiert, Saudi-Arabien um Vermittlung gebeten zu haben / Russland liefert weitere Raketen an Iran / Iranische Soldaten besetzen Stationen an der irakischen Grenze / Teheran: Strategiewechsel im Irak nichts als Rhetorik / Chamenei: Iran wird niemals auf sein Atomprogramm verzichten / Militär droht mit der Schließung der Straße von Hormos / EU erwägt schärfere Sanktionen gegen Iran / Ahmadinedschad in Lateinamerika – Gemeinsamer Kampf gegen die USA / Grüne für Wiederaufnahme der Gespräche mit Teheran / Köhlers Gnadengesuch für inhaftierten Deutschen / Jüdische Gemeinde schließt Rabbiner nach Holocaust-Konferenz aus

Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 03/2007 Anfang März) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Februar 2007

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen,
wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
lorenz@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

6. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 – 0
Fax: 030-285 34 – 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik

Kritik an Ahmadinedschad wird immer offener und lauter

Wie wir bereits in der letzten Nummer des Iran-Reports berichtet haben, kritisierten unmittelbar nach der Verabschiedung der UN-Resolution zum iranischen Atomprogramm einige gewichtige Stimmen die Regierung. Ein Bruder von Ex-Präsidenten Haschemi Rafsandschani, Mohammad Haschemi, sagte der Zeitung „Kargosaran“: „Leider haben die Vereinigten Staaten alle ihre Ziele erreicht.“ Um Iran vor einer Krise zu bewahren, müsse das Land nun auf „kompetente und moderate“ Menschen zurückgreifen.

Ein früheres Mitglied des iranischen Verhandlungsteams, Hossein Mussavian, empfahl der iranischen Führung „Flexibilität, Vorsicht und Geduld“, um „Vertrauen zu schaffen“ und „Unklarheiten“ auszuräumen. Und einige prominente Mitglieder der liberal-islamischen Gruppe der „National-Religiösen“ schrieben in einem offenen Brief, es gehöre zu den in der Verfassung verankerten Rechten, dass das Volk zwischen der Möglichkeit Sanktionen ausgesetzt zu werden, gar einen Krieg erdulden zu müssen oder Kompromisse einzugehen, frei wählen könne.

Nun haben sich zwei einflussreiche konservative Zeitungen gegen die harte Haltung Ahmadinedschads gegenüber der internationalen Gemeinschaft und die daraus folgenden Sanktionen gegen Iran gewandt. Die Zeitungen „Dschomhuri Eslami“, die als Sprachrohr des Revolutionsführers Ali Chamenei gilt, schrieb in direkter Rede an Ahmadinedschad: „Wir erkennen Ihren Einsatz für unsere Rechte auf Atomenergie an und möchten Ihnen für Ihre Bemühungen danken. Aber wir haben einige Bemerkungen zu Ihrer Vorgehensweise und möchten diese in aller Klarheit äußern." Es sei zwar richtig, dass die Atomfrage zu einem „Herzensanliegen“ des iranischen Volkes werden müsse. Es sei aber auch nötig, Maß zu halten. Zu häufige Wiederholungen könnten, statt den Willen des Volkes zu stärken, zu Gleichgültigkeit führen. „Dass Sie überall, bei jedem Ihrer Auftritte, es für nötig halten, dieses Thema anzusprechen, halten wir für keine gute Methode.“

Die Zeitung fährt fort: „Besonders auffallend ist, dass Sie an jedem beliebigen Ort über wichtige Regierungsentscheidungen sprechen, wobei man den Eindruck gewinnt, dass diese Entscheidungen nicht auf systematischem Denken und klugem Vorgehen basieren. Wozu ist es überhaupt nötig, dass der Staatspräsident Etappenentscheidungen in der Atomfrage öffentlich bekannt gibt, wobei Sie mal von 3000 Zentrifugen sprechen und mal von 6000. Wir haben keine Ahnung, wie man diese Etappen erreicht. Das ist auch nicht nötig. Doch als Außenstehende fällt uns auf, dass Ihre Worte nicht durchdacht sind und dahinter keine klare Kalkulation steckt. Selbst wenn es eine Planung geben sollte, zeugen Ihre Reden nicht von Professionalität.“

„Ihre Äußerungen zum Atomkonflikt sind aggressiv und keineswegs in schöne Worte gekleidet, so dass sie bei den Zuhörern den Eindruck erwecken, die Diskussion um die Atomfrage werde mit Starrsinn geführt. (…) Die Frage ist, wozu die Äußerungen gut sein sollen, Äußerungen, die einerseits den Unterdrückern (USA) einen Vorwand liefern, den Druck auf unser Land zu verstärken und andererseits den Kritikern im Innern (gemeint sind die Reformer) Gelegenheit geben, ihr fehlerhaftes Vorgehen als richtig darzustellen und der Bevölkerung zu suggerieren, der Staatspräsident gehe zu radikal vor.“

„In aller Freundschaft möchten wir Ihnen, einem verdienstvollen Menschen, gegenüber betonen, dass die Art, wie Sie die Atomfrage in Ihren Reden behandeln, den Eindruck erweckt, als hätten Sie – Gott bewahre – die Absicht, von manchen Versäumnissen Ihrer Regierung abzulenken, als wollten Sie durch die übermäßige Betonung der Atomfrage die Fehler Ihrer Regierung unsichtbar machen. Wir wollen uns darüber kein Urteil erlauben, die Wahrheit kennt nur Gott. Wir wollen nur Ihnen mitteilen, welchen Eindruck Ihre Reden auf Außenstehende machen und Ihnen sagen, wie schädlich dies für Sie und auch für Ihre Regierung ist. Die Regierung muss bezüglich der Probleme des Landes wie das Problem der Inflation, des Preisanstiegs, der Arbeitslosigkeit und hundert weiterer Probleme Rede und Antwort stehen. Sollte das Volk den Eindruck bekommen, die extreme Betonung der Atomfrage solle von den inneren Problemen ablenken, werden

Sie seine Unterstützung auch in der Atomfrage verlieren."

Eine so offene und entlarvende Kritik am Staatspräsidenten und seiner Regierung kann sich in Iran nur eine Zeitung leisten, die dazu eine ausreichende Rückendeckung von ganz oben hat, das heißt vom Revolutionsführer persönlich.

Auch die Zeitung Hamschahri warf der Regierung vor, den Atomkonflikt verschärft zu haben. „Als das Thema den UN-Sicherheitsrat schon fast verlassen hatte, haben die flammenden Reden des Präsidenten zur Annahme zweier Resolutionen geführt", schreibt das Blatt und bezieht sich auf den Abbruch der Verhandlungen mit dem EU-Beauftragten Javier Solana Mitte 2006. „Bevor es zu spät ist", fordert das Blatt, sollte, um den Schaden zu begrenzen, eine neue „effiziente Strategie" eingeschlagen werden.

Kampagne für eine Million Unterschriften für Gleichberechtigung

„Es ist ein wunderbares Erlebnis. Ich stoße zumeist auf offene Ohren und werde mit Begeisterung empfangen", sagte eine Frauenrechtlerin, die ihren Namen nicht nennen wollte. Seit Monaten sind hunderte Frauen im ganzen Land unterwegs. Sie gehen von Haus zu Haus, sprechen die Leute auf den Straßen, in den Bussen und Sammeltaxis an, gehen zu Zeitungsredaktionen, zu den Moscheen, Hochzeits- und Trauerfeiern, kurz überall dorthin, wo sie Frauen antreffen können. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, eine Million Unterschrift für ihre Forderung nach Gleichberechtigung zu sammeln.

Die Aktion trägt den Namen „Kampagne eine Million Unterschriften für Gleichberechtigung". Geboren wurde die Idee nach einer gewaltsam aufgelösten Kundgebung gegen Benachteiligung von Frauen in Teheran im vergangenen Mai. Doch deren Umsetzung erwies sich zunächst als schwieriger, als die Initiatoren sich vorgestellt hatten. Schwierig vor allem, weil es im Iran zahlreiche Frauenorganisationen und namhafte Frauenrechtlerinnen gibt, deren Ziele und Vorstellungen von Frauenemanzipation weit voneinander entfernt liegen. Da gibt es zum Beispiel verschiedene Frauengruppen im islamischen Lager, darunter eine Gruppe, die sich „Islamische Feministinnen" nennt. Ihr Bestreben ist, die Gleichberechtigung zu erreichen, ohne den Glauben zu verlieren oder bestimmte Glaubensgrundsätze in Frage zu stellen. Demgegenüber gibt es eine ganze Reihe laizistische oder linker Frauenorganisationen, die vorbei an der Religion oder auch gegen sie mit allen Tabus aufräumen und die Probleme einer Männer dominierten Gesellschaft an den Wurzeln packen wollen. Es bedurfte wochenlanger Diskussionen, bis man sich darauf einigen konnte, dass man sich nur auf Gesetze konzentriert, die die Frauen benachteiligen und deren Abschaffung fordert.

Dabei stehen nicht etwa die islamischen Kleidungsvorschriften im Vordergrund, sondern weit wichtigere Rechte wie das Scheidungsrecht, das Sorgerecht, die Abschaffung der Polygamie oder des unterschiedlichen Mindestalters der Strafbarkeit für Mädchen und Jungen. Nach geltendem Recht sind Mädchen bereits mit 9 Jahren strafmündig, die Jungen mit 15 Jahren. Im Falle einer Todesstrafe werden die Verurteilten bis zum Erreichen des 18. Lebensjahrs in Gewahrsam genommen. Erst danach wird das Urteil vollstreckt.

In einer eigens für die Kampagne erstellten Informations-Broschüre werden diese ungleichen Rechte verständlich für jedermann erklärt. Darüber hinaus fordern die Frauen eine Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts für Kinder, das sich bislang an der Staatsangehörigkeit der Väter orientiert. Demnach bekommt ein neugeborenes Kind nur dann die iranische Staatsangehörigkeit, wenn der Vater Iraner ist. Bei der Kampagne geht es auch um das Erbrecht, wonach die Töchter halb soviel erben wie die Söhne. Auch beim Zeugenrecht herrscht eine eklatante Ungleichheit zwischen Frauen und Männern. Bei manchen Delikten wie Homosexualität oder Trunkenheit können Frauen überhaupt nicht als Zeugen auftreten. In anderen Fällen gilt die Zeugenaussage einer Frau halb so viel wie die eines Mannes.

Kein Gesetz sei für die Ewigkeit bestimmt, steht in der Broschüre. Gesetze seien wie Kleider, die nicht mehr getragen werden können, wenn man zu- oder abnimmt. Die Gesetze im Iran seien im Bezug auf die kulturelle und gesellschaftliche Entwicklung des Landes, besonders die der Frauen, gravierend rückständig, sie müssen der Zeit angepasst werden. Längst seien Frauen

in der Gesellschaft angekommen. Im Beruf und noch mehr in der Familie leisten sie ihre Aufgaben mindestens so gut wie Männer. Es sei nicht einsichtig, weshalb sie nicht die gleichen Rechte und die gleichen Chancen bekommen sollten.

Mit der Kampagne soll den Verantwortlichen gezeigt werden, dass nicht nur zahlreiche Frauen, sondern auch Männer im Iran die Beseitigung von Ungleichheiten fordern und dass sie diese Forderung „ganz ernst“ meinen, Forderungen, die zudem mit den Konventionen der Vereinten Nationen übereinstimmen. Schließlich habe Iran diese Konventionen unterzeichnet.

Die Autoren der Broschüre betonen, dass ihre Forderungen nach Gleichberechtigung keineswegs im Widerspruch zu den Grundsätzen des islamischen Glaubens stehen. Sie weisen auf die Äußerungen einiger Großayatollahs hin, die sich gegen die ungleiche Behandlung von Frauen ausgesprochen hätten. Nach deren Meinung könnten selbst Anweisungen und Gesetze, die im Koran stehen, geändert und durch neue, die der Entwicklung der Gesellschaft entsprechen, ersetzt werden. Sie zitieren Ayatollah Mousavi Bodjnurdi, der ausdrücklich betont habe: „Der Islam macht zwischen Menschen keinen Unterschied. Man kann nicht sagen, das eine Geschlecht genießt Vorzüge, die dem anderen Geschlecht verweigert werden.“

Die Kampagne sei völlig ideologiefrei, sagen die Frauenrechtlerinnen, sie sei weder islamisch, oder laizistisch, noch sozialistisch oder kommunistisch. Es gehe einzig um die Menschenrechte. Auf die Frage, was geschehen werde, wenn eine Million Unterschriften gesammelt seien, antwortet die Aktivistin Nuschin Ahmadi Chorasani, wichtig sei erst einmal der Weg dahin. Dieser Weg werde die Frauen zusammenschmieden und was nicht minder wichtig sei, Millionen Frauen und Männer über ihre Rechte aufklären. „Natürlich hat jede Frau die Ungleichheiten zu spüren bekommen, aber unsere Kampagne wird dazu führen, dass Frauen das Unrecht als gesellschaftliches Phänomen begreifen“, schreibt Chorasani auf der für die Kampagne eingerichtete Homepage: http://we-change.org. "Wir müssen endlich aus der Opferrolle, die vor allem im westlichen Ausland Gefallen findet, herauskommen. Statt zu Tränen zu rühren und Mitleid zu erwecken, müssen wir uns zu einer großen gesellschaftlichen Bewegung entwickeln, die selbstbewusst klare Forderungen stellt und sie auch durchsetzt.“

Unseren Leserinnen und Lesern, die die Forderungen der Frauen in Iran unterstützen möchten, empfehlen wir, ihre Bereitschaft den Organisatorinnen der Kampagne über die oben angegebene Adresse mitzuteilen. Eine massenhafte Unterstützung aus dem Ausland würde sicherlich für die Frauen eine Ermunterung in ihrem Kampf bedeuten.

Atomspion festgenommen

Wie der staatliche Rundfunk in Teheran am 9. Januar berichtete, hätten iranische Behörden einen Mann festgenommen, der das Atomprogramm des Landes ausspioniert haben soll. Er habe geheime Dokumente an die Oppositionsgruppe Volksmodjahedin übergeben.

Der Verdächtige habe 2001 für den wissenschaftlichen Dienst des Parlaments gearbeitet, sagte der einflussreiche konservative Abgeordnete Ahmad Tavakoli der halbamtlichen Nachrichtenagentur Fars. Der Mann werde bald vor Gericht gestellt. Die Justiz hat bislang zu dem Vorfall keine Stellung genommen.

Die Europäische Union und die USA haben die Volksmodjahedin als terroristische Gruppe eingestuft. In der islamischen Republik genießen sie iranischen Experten zufolge kaum Unterstützung. Nur wenige Iraner vergeben ihnen, dass sie sich im Krieg gegen den Irak auf die Seite Iraks und in den Dienst Saddam Husseins gestellt haben. Die Volksmodjahedin waren die erste Gruppe, die Irans verdecktes Atomprogramm offen legte.

Drei Gefangene hingerichtet

In Iran sind laut Presseberichten drei Gefangene hingerichtet worden. Teheraner Zeitungen meldeten am 4. Januar, dass die zum Tode verurteilten Männer tags zuvor im Evin-Gefängnis in der Hauptstadt gehängt worden seien. Unter den Hingerichteten war ein Mann aus Afghanistan, der des Mordes an drei Frauen schuldig befunden wurde. Einer der beiden anderen zum Tode Verurteilten hatte nach den Feststellungen der Justiz einen Mann umgebracht, der ihm private Schulden von umgerechnet 1600 Euro nicht zurückgezahlt hatte. Der

dritte Mann hatte eine verheiratete Frau entführt und vergewaltigt. Im vergangenen Jahr wurden in Iran 154 Todesurteile vollstreckt, wie AFP am 4. Januar 2007 meldete.

Erste Omnibusfahrerin in Teheran

Der Leiter der Teheraner Omnibusgesellschaft, Mohammad Ahmadi, gab laut einer Meldung der Nachrichtenagentur Mehr vom 3. Januar bekannt, dass die erste Omnibusfahrerin im öffentlichen Verkehr Teherans am Vortag ihre Arbeit aufgenommen habe. Die Einstellung von Fahrerinnen gehöre zu einem Verkehrsprojekt für Teheran und Umgebung, das die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für Frauen erleichtern solle, sagte Ahmadi. Der Bus, der von der Frau gesteuert werde, sei ausschließlich für Frauen bestimmt.

II. Wirtschaft

Teheran erstickt in Abgasen

Teheran erstickt in Abgasen. Wie die in Teheran erscheinende Zeitung Etemad-e Melli berichtete, sind im vergangenen Jahr fast zehntausend Menschen infolge von verschmutzter Luft ums Leben gekommen. Allein im vergangenen November seien 3600 Personen gestorben. Anders ausgedrückt, jede Stunde sind fünf Personen der Umwelt zum Opfer gefallen. Die Lage sei mehr als kritisch, sagen Umweltexperten. Unter den Städten der ganzen Welt stehe Teheran bezüglich verschmutzter Luft mit an der Spitze. Mohammad Hadi Heidarzadeh, Leiter des Komitees „Saubere Luft Teherans“ sagte in einem Interview mit Etemad-e Melli: „Die Lage ist sehr ernst und tödlich. Als hätten wir uns zu einem Massensuizid entschlossen. Da hilft nur ein revolutionäres Umdenken.“

Der Hauptgrund für die unerträgliche Luft liegt darin, dass drei der landesweit sechs Millionen zugelassenen Fahrzeuge in der Hauptstadt verkehren. Doch den Angaben des Leiters der Teheraner Verkehrsbehörde, Sadjedi Nia, zufolge gibt es in Teheran 1,3 Millionen Autos, die Jahrzehnte alt sind. Ihr Benzinverbrauch liege weit über dem internationalen Standard. Dementsprechend hoch seien die Abgase. Aber die Behörde sei nicht imstande, mehr als tausend Autos pro Tag zu überprüfen.

Die Teheraner Stadtregierung scheint sich des wachsenden Problems bewusst zu sein. Eine ganze Reihe von Behörden und Organisationen ist seit geraumer Zeit damit beschäftigt, Abhilfe zu schaffen. Aber statt sich dem Ziel zu nähern, entfernen sie sich immer weiter davon. Seit Jahren ist die Teheraner Innenstadt von früh morgens bis zum späten Abend für Privatfahrzeuge gesperrt. Für Autos außerhalb des Zentrums gilt, dass sie sich die Tage der Woche aufteilen, nach geraden und ungraden Kennzeichen. Doch diese Maßnahmen waren nur ein Tropfen auf den heißen Stein, nicht zuletzt deshalb, weil die überall herrschende Korruption Sondergenehmigungen für zahlungsfähige Autofahrer ermöglicht.

Die Luftverschmutzung der Hauptstadt führte dazu, dass im vergangenen Winter sämtliche Schulen und Kindergärten zwei Wochen lang keinen Unterricht er-

teilen konnten, auch die Ämter und Behörden mussten für drei Tage ihre Tore schließen. Im laufenden Winter wird erwogen, eine Hälfte der Schüler in den ersten und die andere Hälfte in den letzten Tagen der Wochen zum Unterricht kommen zu lassen. Dadurch würde der Verkehr um die Hälfte der Autos, mit denen die Schüler zur Schule gebracht werden, entlastet werden.

Die verschmutzte Umwelt sei nicht allein auf den überlasteten Verkehr zurückzuführen, meinte Mahlagha Mallah, Gründerin und Geschäftsführerin der regierungsunabhängigen „Frauenorganisation zum Kampf gegen Umweltverschmutzung“, in einem Interview mit Radio Zamaneh. „Teheran befindet sich in einem Loch, das 500 Meter tief ist“, sagte sie. So groß ist der Höhenunterschied zwischen dem Norden und Süden der Stadt. Hinzu kämen die hohen Berge, die den Abzug der schmutzigen Luft verhindern. „Gerade dort, wo der Wind durchkommt, befinden sich die meisten Fabriken, so dass der Wind statt frischer verschmutzte Luft mitbringt.“

Ein schier unlösbares Problem bildet nach Meinung Mallahs auch die rasche Zunahme der Einwohner. Zu Beginn der Revolution hätten Experten die Einwohnerkapazität der Stadt auf höchstens vier Millionen geschätzt, doch inzwischen lebten rund 12 Millionen Menschen in Teheran. „Schon diese Menschenmenge in diesem Loch schafft Umweltprobleme und wenn dann noch einige Millionen Autos hinzukommen, wird dies zu einer Katastrophe“, sagte Mallah.

Nicht nur Mallah, auch andere Experten meinen, die einzige Rettung sei eine drastische Reduzierung der Einwohnerzahl. Dieser Vorschlag wird bereits seit Jahren in einem anderen Zusammenhang diskutiert. Teheran ist stark Erdbeben gefährdet. Ein heftiges Erbeben würde zu einer Katastrophe ungeahnten Ausmaßes führen. Denn es gibt nur wenige erdbebensichere Hochhäuser, dasselbe gilt für die anderen Häuser. Es wird überlegt, ob man nicht die Hauptstadt verlegen sollte. Eine Alternative schien die Stadt Karadj, 50 Kilometer nördlich von Teheran. Dieser Vorschlag dürfte sich inzwischen erledigt haben: Die Einwohnerzahl der Stadt ist bereits von einer halben auf drei Millionen angewachsen.

Die naheliegendste Lösung wäre eine strenge technische Überprüfung der Autos, wobei die veralteten Fahrzeuge unnachgiebig aus dem Verkehr gezogen werden müssten. Doch eine solche Maßnahme würde höchstwahrscheinlich zu einem großen Aufstand führen. Denn gerade die alten Autos sind vorwiegend Taxis, die für ihre Besitzer die einzige Verdienstquelle bilden. In Teheran gibt es nach offiziellen Angaben 41 Tausend Taxis und 4400 private Taxiagenturen. Daneben gibt es noch unzählige Privatpersonen, die nicht offiziell als Taxifahrer registriert sind, aber dennoch Fahrgäste befördern. Es ist nachvollziehbar, dass keine Regierung es wagt, sich mit diesem Personenkreis anzulegen.

USA wollen Chinas Geschäfte mit Iran verhindern

Die USA versuchen mit zunehmendem Druck, die Volksrepublik China von Energiegeschäften mit Iran abzubringen und geplante Milliardeninvestitionen zur Erschließung von Öl- und Gasfeldern aufzugeben. Die US-Regierung habe im Hinblick auf die vom UN-Sicherheitsrat beschlossenen Sanktionen gegen Iran sowohl bei Regierungsstellen in Peking als auch beim Ölkonzern China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) „unsere Sorgen“ vorgebracht, berichtete die Sprecherin der US-Botschaft am 10. Januar in Peking. „Politisch wie rechtlich lehnen die USA Investitionen im iranischen Öl- und Gassektor ab“, sagte die Sprecherin, laut einer Meldung der dpa. „Wir sind der Auffassung, dass es eine ausgesprochen schlechte Zeit ist, um große Geschäfte mit Iran einzuleiten.“

Nach amerikanischer Auffassung gebe es bis heute auch noch keine endgültige Vereinbarung über die geplanten Geschäfte, die China langfristig Öl- und Gaslieferungen sichern sollen. Ende Dezember hatte das Ölministerium in Teheran bestätigt, dass CNOOC mit Milliardeninvestitionen mit Iran Öl- und Gasfelder erschließen wolle. Nach amtlich bestätigten Berichten wurde eine Vereinbarung mit der National Iranian Oil Company (NIOC) über die Entwicklung des Pars-Gasfeldes mit Investitionen von 16 Milliarden Dollar unterzeichnet. China und Iran verhandeln auch schon länger über eine gemeinsame Erschließung des Yadvaran-Ölfeldes. Nach iranischen Angaben sollen diese Verhandlungen in der Schlussphase stecken.

Washington verbietet Geschäfte mit der iranischen Sepah-Bank

Das Washingtoner Finanzministerium hat die staatlich iranische Sepah Bank als Helferin bei der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen eingestuft und alle Geschäfte mit ihr verboten. Das Ministerium zeigte sich zudem besorgt über finanzielle Verbindungen zwischen Iran und Nordkorea.

„Die Sepah Bank ist der finanzielle Dreh- und Angelpunkt des iranischen Netzwerkes zum Kauf von Raketen und hat aktiv Irans Streben nach Raketen gefördert“ sagte ein Sprecher des Ministeriums am 9. Januar. US-Firmen ist es nunmehr untersagt, Geschäfte mit Sepah zu tätigen. Zudem wurden alle Mittel der Bank in den USA eingefroren.

Darüber hinaus forderten die USA andere Staaten auf, ihrem Beispiel zu folgen und Iran jegliche finanzielle Hilfe für sein Atom- und Raketenprogramm zu versagen. Neben der Sepah-Bank wurden auch deren britische Tochter Sepah International plc sowie Bankchef Ahmad Derrachschandeh als Helfer bei der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen eingestuft.

Die Sepah-Bank hat die Vorwürfe der USA zurückgewiesen. „Wir werden in dem Fall den Rechtsweg einschlagen“ hieß es in einer Mitteilung der Bank , die die Nachrichtenagentur Fars am 10. Januar zitierte.

Irans Atomunterhändler Laridschani sagte in Teheran, die USA hätten nicht zum ersten Mal derartige Maßnahmen ergriffen. Den Willen Irans könne dies jedoch nicht brechen. Tatsächlich hatten die USA bereits im September angekündigt, die Zusammenarbeit mit der staatlichen iranischen Bank Saderat einzuschränken. Sie warfen Teheran vor, über diese Bank terroristische Organisationen zu unterstützen.

Irans Ölindustrie in der Krise

Nach Ansicht eines US-Forschers ist Iran trotz seines Ölreichtums auf den Aufbau einer Atomindustrie angewiesen, denn die Nachfrage nach Energie steige in Iran rascher als die Ölförderung. Zu diesem Forschungsergebnis gelangte der Geograf und Umwelttechnologe Roger Stern von der Johns-Hopkins-Universität. Das Land leide unter einem starken Rückgang der Einnahmen aus dem Ölexport. Sollte der Trend anhalten, könnten, seiner Studie zufolge, die Einnahmen bis 2015 praktisch versiegen.

In einem Bericht, den Stern Ende Januar in der Zeitschrift „Proceedings of the National Academy of Sciences“ in Washington publizierte, meint er, der iranische Ölexport, für das das Land etwa 50 Milliarden einnehme, verzeichne schätzungsweise einen jährlichen Rückgang um zehn bis zwölf Prozent. Damit könne sich der Export in weniger als fünf Jahren halbieren und bis 2015 ganz zum Erliegen kommen.

Der Inlandsbedarf für Raffinerie-Produkte wie Benzin müsse sogar mit Einfuhren gedeckt werden, berichtete der Wissenschaftler. Denn für dringend benötigte Investitionen in marode Anlagen fehle das Geld. Iran, nach Saudi-Arabien das Land mit dem weltweit größten Erölvorkommen, habe seit mindestens 18 Monaten die in der Organisation der erdölexportierender Länder (OPEC) vereinbarte Förderquote nicht mehr ausgeschöpft. Tatsächlich gehe die Fördermenge sogar zurück.

Grund für das Debakel sei das große Versäumnis des Staates, die Einnahmen aus der Ölförderung zu reinvestieren, schreibt der Wissenschaftler. Zudem sorge die Politik der Führung in Teheran dafür, dass sich das Investitionsklima für ausländische Kapitalgeber weiter verschlechtere. So habe Iran die mit Indien ausgehandelten Bedingungen für die Ausbeutung eines Erdgasvorkommens in Frage gestellt, nachdem Indien bei einer Abstimmung in der Internationalen Atombehörde (IAEA) nicht im Sinne Teherans entschieden habe. Es erscheine daher plausibel davon auszugehen, dass in Zukunft Investitionen aus dem Ausland ganz ausbleiben würden.

Es gebe zwar keinen Grund dafür, die Verdächtigungen der USA anzuzweifeln, wonach Teheran sein Atomprogramm mit militärischen Zielen verfolgt, um seine Machtposition in der Region auszubauen, resümiert Stern. Dennoch erschiene ihm die Behauptung Teherans zur Notwendigkeit des Atomprogramms plausibel, damit die Ausfälle der Exporteinnahmen ausgleichen zu wollen.

Iran produziert täglich etwa 3,7 Millionen Barrel Öl, etwa 300 000 Barrel weniger als von der OPEC für das Land

vorgesehen. Die Differenz bedeutet laut Stern einen Verlust von 5,5 Milliarden Dollar jährlich. 2004 machten die Gewinne aus dem Ölgeschäft 65 Prozent der staatlichen Einnahmen aus. Außerdem würden Lecks in den Raffinerien nicht abgedichtet. „Das summiert sich zu einem Verlust von zehn bis elf Milliarden Dollar jährlich, erklärte Stern. „Das bietet das Bild einer zusammenbrechenden Industrie."

In einigen Jahren werde Iran daher möglicherweise politisch viel konzilianter reagieren und die jetzigen Probleme wären gelöst. Eine Militäraktion der USA gegen Teheran wäre deswegen nicht ratsam, sagte Stern. „Das einzige, was das Land derzeit einen könnte, wäre, es zu bombardieren."

Deutsche Maschinenbauer kritisieren Unklarheiten bei Sanktion gegen Iran

Die deutsche Wirtschaft verlangt klarere Formulierungen für die UN-Sanktionen gegen Iran. Es fehlten international einheitliche Regeln dafür, was nicht mehr nach Iran geliefert werden dürfe, erklärte der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA). Er warnte vor möglichen Wettbewerbsnachteilen für die Bundesrepublik.

Ein Teil der Embargomaßnahmen werde in das Ermessen der UN-Mitgliedsstaaten gestellt, betonte der Verband. Damit bestehe das Risiko, dass Exporte nach Iran in einem Land blockiert würden und in einem anderen Land nicht. Auch fehle eine Schutzklausel für Unternehmen, die Lieferverträge mit Iran hätten, deren Umsetzung jedoch durch das Embargo blockiert sei.

Die Maschinen- und Anlagebauer gehören mit rund 880 000 Beschäftigten zu den wichtigsten Branchen in Deutschland. Das Iran-Geschäft war zuletzt angezogen. Der VDMA-Experte für Exportkontrolle, Klaus Friedrich, verwies darauf, dass die UN-Beschlüsse erst rechtswirksam würden, wenn die EU und die Bundesrepublik verbindliche Beschränkungen des Außenwirtschaftsverkehrs erließen. Dabei müssten Schutzinteressen der Wirtschaft berücksichtigt werden. Die politischen Vorgaben der UN dürften nicht einfach abgeschrieben werden. Betroffen von dem Embargo seien Güter, die sowohl militärisch als auch zivil genutzt würden. Wegen Unklarheiten in diesem Bereich gebe es auch für sonstige Exporte keine Rechtssicherheit.

Die deutschen Exporte in die Islamische Republik hatten dem VDMA zufolge bis Oktober 2006 etwa zwei Prozent über dem Vorjahreszeitraum gelegen. 2005 führten die Hersteller Güter im Wert von 1,5 Milliarden Euro nach Iran aus.

III. Außenpolitik

Aufbau einer Front gegen Iran

Ein wichtiger Punkt der neuen US-Strategie im Irak scheint darin zu bestehen, Syrien und vor allem Iran aus dem Irak zurückzudrängen und international zu isolieren. US-Präsident George W. Bush hatte in seiner Grundsatzrede zu seiner Irak-Strategie angekündigt, die Unterstützung für „Feinde“ der US-Truppen im Irak durch Iran und Syrien stoppen zu wollen. Zudem gab er die Entsendung von Patriot-Raketen in die Region und eines weiteren Flugzeugträgers zum Persischen Golf bekannt. Zu der neuen Strategie gehört auch die Mobilisierung konservativer arabischer Staaten gegen Iran. (s. in diesem Bericht S.14)

Die neue Strategie wurde von US-Außenministerin Codoleezza Rice in einem am 13. Januar in der "New York Times“ veröffentlichten Interview begründet. Die Ministerin sagte, es sei ein breit angelegtes Vorgehen gegen iranische Agenten im Irak angeordnet worden. „Es ist entschieden worden, gegen diese Netzwerke vorzugehen“. Bush habe diesen Schritt vor einigen Monaten angeordnet „nach einer Zeit der zunehmenden Aktivitäten“ der Iraner im Irak.

Indes warnte auch US-Verteidigungsminister Robert Gates Iran vor einer Einmischung im Irak-Konflikt und forderte Teheran auf, eine „konstruktive Rolle“ im Irak zu spielen. Gates bestritt jedoch bei seinem Antrittsbesuch in der Nato-Zentrale in Brüssel am 15. Januar, dass die Entsendung der Patriot-Raketen und eines Flugzeugträgers in die Region ein Zeichen für die Bereitschaft Washingtons zu einer militärischen Konfrontation mit Teheran sei. „Wir wollen nur die Bedeutung dieser Region für die USA klar machen und unsere Entschlossenheit unterstreichen, dort für lange Zeit präsent zu sein. Die Iraner glauben ganz eindeutig, dass wir im Irak gebunden sind , dass die Initiative bei ihnen liegt und dass sie in der Lage sind, in verschiedener Weise Druck auf uns auszuüben. Sie tun derzeit nichts, um im Irak konstruktiv zu sein. Und sie haben die Hisbollah dabei unterstützt, im Libanon einen neuen Konflikt zu schaffen.“ „Die Iraner handeln in vieler Hinsicht negativ“, fuhr Gates fort. Dies sei ein Unterschied zu 2004, als Irans Regierung durch die Präsenz von US-Truppen im Irak und in Afghanistan beeindruckt gewesen sei. „Es gab sogar Hinweise, dass sie versuchten, im Irak hilfreich zu sein. Das gilt jetzt nicht mehr.“ Falls die Iraner wieder bereit wären, „eine konstruktive Rolle zu spielen“, gebe es „Möglichkeiten des Engagements“ auch mit den USA. „Die Möglichkeiten sind da, aber die Initiative muss von den Iranern ausgehen.“

Warnungen an Iran kamen auch vom US-Vizepräsidenten Dick Cheney. Teheran fische mit seiner Unterstützung schiitischer Milizen „in gefährlichen Gewässern“, sagte Cheney dem TV-Sender Fox News. Er warf der Regierung in Teheran vor, „gewissen Kräften im Irak Sprengsätze“ geliefert zu haben. Der Sicherheitsberater im Weißen haus, Stephen Hadley, schloss nicht aus, dass US-Truppen bis auf iranisches Territorium vordringen könnten, um Helfer von Aufständischen zu jagen.

Am 11. Januar haben US-Truppen eine Vertretung der iranischen Regierung in der nordirakischen Stadt Arbil gestürmt und sechs Personen festgenommen, von denen einer wieder freigelassen wurde. Es handele sich um Revolutionsgarden, die dafür bekannt seien, regierungsfeindliche Gruppen im Irak mit Geld, Waffen oder technischem Know-how, etwa zum Bau von Sprengsätzen, zu unterstützen, teilte die amerikanische Armee in Bagdad mit.

Bei dem erstürmten Gebäude habe es sich um ein Verbindungsbüro zu den Garden gehandelt und nicht, wie Teheran behaupte, um ein Konsulatsgebäude, hieß es weiter.

Iran verlangte von den USA die sofortige Freilassung der fünf festgenommenen Staatsbürger. Bei den Verhafteten handele es sich um Diplomaten, sagte ein Sprecher des iranischen Außenministeriums vor Journalisten in Teheran.

Die Festnahmen haben die Spannungen zwischen Teheran und Washington verschärft. Iran warf den USA vor, ein Gebäude angegriffen zu haben, das unter diplomatischen Status gestellt werden sollte, und Konsulatsmitarbeiter verschleppt zu haben. Außenminister Manuchehr Mottaki verurteilte die

Gefangennahme und erklärte, allein daran sei „das totale Versagen der US-Politik im Irak zu erkennen“.

Der Vorfall hat auch zur Verstimmung zwischen den im Nord-Irak stationierten US-Truppen und den örtlichen Behörden geführt. Die von Kurden gestellte Regionalregierung beklagte sich darüber, dass nicht im Vorfeld über die Razzia informiert worden sei. Sie verlangte die sofortige Freilassung der Inhaftierten. Sie äußerte die Befürchtung, dass die Spannungen zwischen den USA und Iran irakischen Interessen schaden könnten. Auch Russland kritisierte die Festnahmen.

Politische Beobachter beurteilen die relativ milde Reaktion aus Teheran als Zeichen für die Befürchtung, dass heftige Proteste oder etwaige Vergeltungsmaßnahmen den USA eine Handhabe liefern könnten, Iran militärisch anzugreifen. Tatsächlich herrscht in iranischen Regierungskreisen die Auffassung, die neue Strategie der Bush-Regierung könnte auch eine militärische Auseinandersetzung mit der Islamischen Republik zum Inhalt haben.

Dieselbe Befürchtung hegen auch einige US-Senatoren. Nach der vernichtenden Kritik an der neuen Irak-Strategie von Präsident Bush haben seine politischen Gegner Zweifel an seinem Kurs gegenüber Iran angemeldet. Die Demokraten warnten Bush eindringlich davor, den Irak als Ausgangsbasis für einen Militäreinsatz gegen den Nachbarstaat Iran zu nutzen. Ein solches Vorgehen würde eine „verfassungsrechtliche Konfrontation hier im Senat auslösen“, warnte der Vorsitzende des Senats-Ausschusses, der einflussreiche Demokrat Joseph Biden. Die Ermächtigung, die der Kongress dem Präsidenten für den Krieg im Irak gegeben habe, gelte keinesfalls für ein Vorgehen gegen Iran. Ob er konkrete Anzeichen für einen solchen Plan habe, sagte Biden bei der Senatsanhörung nicht. Es gehe ihm lediglich darum, die Position der Demokraten zu Protokoll zu geben.

Bei der Ausschuss-Sitzung wurde auch Außenministerin Rice zur Irak-Politik der Regierung angehört. An die Adresse der Ministerin gerichtet sagte Biden, dass er für mögliche Iran-Pläne eine juristisch exakte Begründung verlangen wolle: „Wenn das Außenministerium denkt, dass es die Vollmacht hat, mit Netzwerken oder ähnlichem über die Grenze nach Iran hineinzuwirken, dann hätte ich dazu eine juristische Stellungnahme.“

Rice betonte in der Anhörung, dass Bush sich auf Einsätze gegen iranische und syrische Vertreter innerhalb des Irak bezogen habe. Sie erneuerte zugleich die Ablehnung von direkten Gesprächen mit Iran über die Irak-Frage, wie sie von der unabhängigen Kommission unter der Leitung des früheren Außenministers James Baker empfohlen worden waren. Die Iraner würden diese Verhandlungen sofort dazu nutzen, Zugeständnisse im Streit um ihr Atomprogramm durchsetzen zu wollen, sagte Rice. „Das ist nicht Diplomatie, das ist Erpressung.“

Auf Kritik stieß die Iran-Politik Bushs auch in den Reihen der eigenen Partei. „Niemand aus unseren Reihen kann hier und heute ruhig sitzen und den Amerikanern sagen, dass wir die Iraner und Syrer auf der anderen Seite der Grenze nicht angreifen“, sagte der republikanische Senator Chuck Hagel.

Auch der frühere US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski warnte die Bush-Regierung im Hinblick auf den Streit um das iranische Atomprogramm vor unbedachtem Handeln. „Es gibt ja ein paar Leute in Amerika, die sich nach einer Militäraktion gegen Iran zu sehnen scheinen“, sagte der ehemalige Berater von US-Präsident Jimmy Carter.

Dem widersprach der Sprecher des Präsidialamts, Tony Snow. Er wolle die „moderne Legende“ zerstören, dass Präsident Bush versuche, „den Weg für einen Krieg mit einem der Länder (Iran und Syrien) vorzubereiten“ und dass es bereits entsprechende Vorbereitungen gebe, sagte Snow. „Das ist einfach nicht der Fall.“

Trotz dieser Dementis hat eine Gruppe von US-Abgeordneten eine Resolution vorgelegt, in der ein Angriff der USA auf Iran von der Zustimmung des Kongresses abhängig gemacht werden soll. Die Resolution stellt eindeutig klar, dass sich die 2002 erteilte Billigung der von den USA geführten Irak-Invasion nicht auf Iran ausweiten lasse, sagte der Republikaner Walter Jones, einer der Initiatoren. Um Gesetzeskraft zu erlangen, muss die Resolution von beiden Kammern verabschiedet und von dem Präsidenten unterzeichnet werden. Ein Iran-Angriff sei nur dann ohne Erlaubnis des Kongresses gestattet, wenn Iran seinerseits die USA at-

tackiert oder eine solche Attacke nachweislich bevorstehe.

Experte: US-Pläne zum groß angelegten Angriff auf Iran

Laut Angaben eines ehemaligen US-Geheimdienstmitarbeiters gehen US-Pläne für den Fall eines Angriffs auf Iran weit über begrenzte Schläge hinaus. Sie würden vielmehr zu einem Krieg gegen das Land führen, sagte Nahost-Fachmann Wayne White vor der US-Expertenkommission Middle East Policy Council am 20. Januar in Washington. Er habe Teile der Planungen gesehen. Dabei gehe es nicht um einzelne chirurgische Eingriffe, sondern um einen Krieg gegen Iran, der wahrscheinlich den gesamten Nahen Osten über Jahre destabilisieren würde, sagte White, der bis März 2005 im Büro für Geheimdienstinformationen und Aufklärung im US-Außenministerium gearbeitet hatte.

„Wir sprechen davon, den Weg zu Zielen freizumachen, das heißt, dass ein großer Teil der iranischen Luftwaffe, U-Boote und Abwehrraketen ausgeschaltet werden soll, der die Handels- und Kriegsschiffe der USA im Golf gefährden könnte“, sagte White. Möglicherweise seien auch die ballistischen Raketen Irans ein Angriffsziel. Er sei deutlich besorgter über die Folgen eines Angriffs der USA oder Israels auf die iranischen Atomanlagen als über den Krieg im Irak. Denn ein Angriff auf Iran werde einen heftigen Gegenschlag zur Folge haben, der Irak-Krieg könne hingegen auf das Land begrenzt bleiben.

US-Armee zur Tötung von Iranern im Irak ermächtigt

Einem Bericht der Washington Post zufolge gilt für die US-Truppen fortan der Befehl, verdächtige Iraner im Irak zu töten oder gefangen zu nehmen. „Kill or capture“, lautet die neue Anweisung Präsident Bushs an die im Irak stationierten Soldaten. Die Anweisung betreffe iranische Geheimdienstmitarbeiter und Mitglieder der iranischen Revolutionsgarden, berichtete die Zeitung in ihrer Ausgabe vom 26. Januar. Zivilisten und Diplomaten fielen nicht unter die „neue aggressive Strategie“, die Teherans Einfluss im Nahen Osten schwächen und zur Aufgabe seines Atomprogramms zwingen solle.

In seiner diesjährigen Rede an die Nation erklärte Präsident Bush, islamische Terroristen wollten nach wie vor die USA angreifen. Eine wachsende Gefahr seien heute vor allem schiitische Extremisten, die ihre Weisungen und Waffen häufig aus Iran erhielten. Sie strebten nach einer Dominanz des Nahen Ostens. Schiitische und sunnitische Extremisten seien nur zwei Gesichter „der gleichen totalitären Bedrohung“ der freien, zivilisierten Welt, warnte der Präsident. Sie wollten „Amerikaner töten und die Demokratien im Nahen Osten töten“. Der Krieg gegen den Terror sei weit mehr als ein Aufeinanderprallen von Waffen: „Es ist die entscheidende ideologische Schlacht“ des Jahrhunderts, bei der die Sicherheit der USA auf dem Spiel stehe.

Der Sprecher des US-Außenministeriums Sean McCormack sagte am 25. Januar: „Es gibt solide Beweise dafür, dass iranische Agenten (…) mit Personen und Gruppen im Irak zusammenarbeiten.“ Er wollte keine Angabe dazu machen, ob die US-Behörden Beweise auch dafür hätten, dass Iran Sprengsätze an die irakischen Aufständischen liefere. „Etwas muss nicht notwendigerweise in Iran gebaut sein, um eine Bedrohung der US- oder britischen Truppen durch das iranische Regime darzustellen. (…) Man kann das Know-how liefern. Man kann andere Leute im Irak ausbilden, um das zu tun“, sagte McCormack. Er vermute, dass Iran seine Spuren verwische. So werde auf den im Irak eingesetzten Sprengsätzen kein „Made in Iran“-Hinweis angebracht sein. Er kündigte an, demnächst detaillierte Informationen über die Aktivitäten Teherans im Irak zu veröffentlichen. „Ich erwarte, dass wir in naher Zukunft ein bisschen mehr öffentlich machen – in dem Ausmaß, in dem wir mit Geheimdienstinformationen umgehen“, sagte der Außenamtssprecher.

Der Bericht von Washington Post über den Tötungsbefehl wurde vom Weißen Haus in Washington nicht dementiert. Es sei die Politik der USA, „unsere Truppen im Irak zu schützen“, sagte Präsident Bush vor Journalisten. Es habe Sinn, „dass wir jemanden stoppen, der versucht, unseren Soldaten Schaden zuzufügen, uns am Erreichen unseres Ziels zu hindern oder unschuldige Bürger im Irak zu töten“.

Ähnlich äußerte sich US-Außenministerin Condoleezza Rice am 27. Januar in einem ARD-Interview auf

die Frage, wieweit die US-Regierung gehe, um eine iranische Unterstützung der irakischen Aufständischen zu unterbinden. „Wir sind entschlossen, jene Terror-Netze zu zerschlagen, deren Sprengsätze so viele Todesopfer auch unter den Soldaten fordern“, sagte die Ministerin. „Wir wollen außerdem gegen die Bewaffnung von Milizen vorgehen. Die militärische Führung hat deutlich gemacht, dass wir dies vom irakischen Territorium aus tun können.“

Indes hat Russlands Außenminister Sergej Lawrow das Vorgehen der USA in der krisengeschüttelten Region scharf kritisiert. Ihm sei nicht klar, warum die Vereinigten Staaten dort ihre Truppen verstärken würden, sagte der Minister am 28. Januar. Zudem warf er der Regierung in Washington eine „unverändert ziemlich aggressive Rhetorik“ vor, die sich insbesondere gegen Iran und Syrien richte. „Was soll das alles“, fragte Lawrow. Er werde darauf bestehen, dass diese Punkte auf dem anberaumten Treffen des Nahost-Quartetts in der US-Hauptstadt geklärt und die USA ihr Handeln erläutern werden.

Zeitungsbericht: Israel plant Nuklearwaffen-Angriff auf Irans Atomanlagen

Laut einem Bericht der britischen Zeitung „Sunday Times“ vom 7. Januar hat Israel Pläne zur Bombardierung iranischer Atomanlagen mit Nuklearwaffen entwickelt. Die Regierung habe sich drei Angriffsziele südlich von Teheran ausgesucht, um das iranische Programm zur Urananreicherung zu stoppen, berichtete die Zeitung unter Berufung auf israelische Militärkreise. Geplant sei auch der Einsatz von lasergesteuerten konventionellen Raketen, die „Tunnel“ zu den eigentlichen Zielen öffnen sollten, bevor Mini-Nuklearwaffen mit einem Fünfzehntel der Sprengkraft der Hiroschima-Bombe abgefeuert werden sollten.

„Sobald wir grünes Licht haben, wird die Mission gestartet. Ein Schlag – und das iranische Atomprogramm wird zerstört sein“, zitiert "Sunday Times" eine Quelle. Ein Nuklearschlag wird nach Angaben des Blatts erwogen, weil die konventionellen Waffen möglicherweise nicht ausreichten, um die gut geschützten Ziele zu zerstören. Die Atomwaffen würden tief unter der Oberfläche explodieren, um das Risiko eines nuklearen Niederschlags zu minimieren. Dieser Plan ähnelt einem vom US-Magazin „New Yorker“ im April 2006 beschriebenen angeblichen Vorhaben der USA. Das Weiße Haus hatte damals den Bericht entschieden zurückgewiesen.

Der „Sunday Times“ zufolge wird in israelischen Militärkreisen damit gerechnet, dass Iran binnen zwei Jahren Atombomben bauen könnte. Die israelische Luftwaffe habe deshalb in mehreren Testflügen nach Gibraltar für den 3000 Kilometer langen Hin- und Rückflug zu den iranischen Zielen geübt. Geplant sei der Einsatz von so genannten Bunker brechenden Nuklearwaffen.

Der israelische Außenamtssprecher Mark Regev betonte, sein Land unterstütze die UN-Resolutionen gegen das iranische Atomprogramm und setze auf einen Erfolg der einschlägigen diplomatischen Initiativen. Diese Position hat auch Ministerpräsident Ehud Olmert wiederholt vertreten. Allerdings hat er einen Angriff auf Iran nie ganz ausgeschlossen.

Das Büro Olmert erklärte zu dem Bericht lediglich: „Wir reagieren nicht auf Veröffentlichungen der Sunday Times.“ Der Minister für strategische Bedrohungen, Avigdor Liebermann, in dessen Ressort der Umgang mit dem iranischen Atomprogramm fällt, lehnte ebenfalls eine Stellungnahme ab.

Auch die Streitkräfte äußerten sich nicht zu den Angaben. Experten in Jerusalem taten sie als unwahrscheinlich ab. „Keine verlässliche Quelle würde darüber sprechen“, erklärte der Wissenschaftler und frühere Geheimdienstmitarbeiter Ephraim Kam. Ein weiterer Experte äußerte die Vermutung, dass aus Gründen der Abschreckung bewusst Falschinformationen gestreut worden sein könnten.

Einige Beobachter stufen israelische Drohungen an die Adresse Teherans als Mittel des Drucks auf die internationale Gemeinschaft ein, schärfere Maßnahmen gegen Iran zu ergreifen. Andere hingegen halten einen tatsächlichen Angriff Israels auf Iran für möglich.

Indes hat Iran Israel vor Angriffen auf sein Territorium gewarnt und mit einem Gegenangriff gedroht. Außenamtssprecher Mohammad Ali Hosseini sagte, jegliche Militäraktion gegen die Islamische Republik werde „nicht ohne Antwort bleiben“. Der „Aggressor“ werde seine Tat „sehr schnell bereuen“. Auch

Staatspräsident Ahmadinedschad reagierte auf den Bericht. „Weder Israel noch seine Herren werden so verwegen sein, uns anzugreifen“, sagte der Staatschef der spanischen Zeitung „El Mundo“ am 17. Januar. „Eine solche Dummheit werden sie nicht begehen. Sie kennen die Fähigkeit des iranischen Volkes (zur Verteidigung) sehr genau.“.

Gemeinsam gegen Iran - Erklärung der USA und arabischer Staaten

Statt den Empfehlung der Baker-Kommission zu folgen und direkte Verhandlungen mit Teheran zu führen, setzt Washington offenbar auf Konfrontation, mit dem Ziel die Islamische Republik durch immer schärfere Sanktionen zu schwächen, politisch in der Region zu isolieren, in Iran selbst die Konflikte, insbesondere die ethnischen, zu schüren und schließlich einen Regimewechsel herbeizuführen.

Dieser Strategie folgend haben US-Vizepräsident Dick Cheney, Verteidigungsminister Robert Gates und Außenministerin Codleezza Rice nacheinander die Staaten der Region besucht und unter anderem die Golfstaaten für eine Stellungnahme gegen Iran gewonnen. Kuwaits Außenminister Mohammad al Sabah erklärte am 17. Januar bei einer gemeinsamen Konferenz mit seiner amerikanischen Kollegin, die USA und sieben arabische Staaten hätten in einer gemeinsamen Erklärung Iran aufgefordert, seine Einmischung in die Angelegenheiten Iraks zu beenden, um damit zur Stabilität in der Region beizutragen. „Die Einmischung Irans in irakische Angelegenheiten gibt uns allen Anlass zur Sorge. Wir wollen, dass alle Nachbarn Iraks sich für Frieden und Stabilität Iraks einsetzen“, sagte al Sabah. Die sieben arabischen Staaten plus USA unterstützen in ihrer Erklärung die Strategie der USA zur Sicherheit der Golfregion und der nationalen Einheit Iraks und fordern alle Staaten der Region auf, es ihnen gleich zu tun. „Wir haben uns für die Verstärkung der US-Streitkräfte in Bagdad ausgesprochen und erwarten, dass dies zur Sicherung der irakischen Hauptstadt beiträgt und den Ausbruch eines Bürgerkriegs im Irak verhindert“, sagte Sabah.

Zu den Unterzeichnern der Erklärung gehören neben den fünf Mitgliedsstaaten des Golfkooperationsrats Ägypten, Jordanien und die USA. In der Erklärung verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, gemeinsam gegen jede Drohung, die die Sicherheit der Region gefährdet, vorzugehen. Sie zeigen sich davon überzeugt, dass Aggression und Gewalt den Frieden im Irak gefährden. Daher sei es notwendig, sämtliche paramilitärische Gruppen zu entwaffnen. Darüber hinaus fordern sie ein rasches Friedensabkommen zwischen Israel und Palästina und die Wahrung der nationalen Einheit Libanons.

In der Erklärung wird auch die rasche Lösung des iranischen Atomkonflikts auf diplomatischem Weg gefordert. Dabei wird Iran dazu aufgerufen, sein Atomprogramm vollständig offen zu legen, die internationalen Regelungen zu achten und seine Atomanlagen für die Inspektoren der Internationalen Atombehörde (IAEA) zu öffnen.

Das gemeinsame Interesse der arabischen Staaten und der USA besteht darin, jede Einflussnahme Teherans auf die Entwicklung Iraks ebenso wie den Machtzuwachs Irans in der Region zu verhindern. Die Brisanz für die arabischen Staaten bei diesem Vorhaben besteht darin, dass sie sich in eine gemeinsame Front gegen Iran nicht nur mit den USA, sondern auch mit Israel begeben. Diese Frontbildung ist umso gefährlicher, wenn man in Betracht zieht, dass es den Radikalislamisten Irans gelungen ist, sich als die entschiedendsten Verteidiger des Islam und Gegner der USA und Israels zu präsentieren und damit die Massen in den arabischen Staaten für sich zu gewinnen. Damit ist nicht ausgeschlossen, dass die neue Frontbildung gegen Iran die Opposition in den arabischen Staaten weit mehr als bisher herausfordert und dass die „unheilige“ Koalition mit den USA und indirekt auch mit Israel den arabischen Herrschern teuer zu stehen kommt.

Iran dementierte, Saudi-Arabien um Vermittlung gebeten zu haben

Die iranische Regierung hat Meldungen dementiert, Saudi-Arabien im Streit mit den USA über das Atomprogramm und den Irak-Krieg um Vermittlung gebeten zu haben. Der Bericht entbehre jeglicher Grundlage, sagte Außenamtssprecher Mohammad Ali Hosseini laut iranischen Presseberichten vom 16. Januar. Am Vortag war aus saudiarabischen Regierungskreisen verlautet, Irans Chef-

unterhändler Ali Laridjani habe dem saudischen König eine Botschaft des guten Willens für die USA überbracht. Tatsächlich hatte Laridjani einen Tag vor der US-Außenministerin Riad besucht.

In den iranischen Medien hieß es, der Besuch Laridjanis diente der Verbesserung beiderseitiger Beziehungen. Laridjani selbst sagte, eine gute Zusammenarbeit seines Landes mit Saudi-Arabien schaffe ein besseres Klima bei den Bemühungen, Sunniten und Schiiten einander näher zu bringen.

Irans Sorge, der alte Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten könnte auch von Außenmächten geschürt und zu politischen Zwecken instrumentalisiert werden, ist nicht unbegründet. Im Irak hat dieser Konflikt längst bewaffnete Formen angenommen. Dies könnte sich auf die gesamte Region ausweiten. Auf diese Gefahr wies auch Irans Revolutionsführer Ali Chamenei. Bei einer Rede am 8. Januar, die vom staatlichen Fernsehen übertragen wurde, sagte Chamenei, die Niederlage der USA im Irak, in Afghanistan, Libanon und Palästina habe Washington dazu veranlasst, den Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten zu schüren und die Front der islamischen Länder zu spalten.

Russland liefert Raketen nach Iran

Eine neue Lieferung von Flugabwehrraketen hat in den USA und Israel Kritik hervorgerufen. Die US-Regierung äußerte die Ansicht, die Waffenlieferungen seien angesichts der UN-Sanktionen nach dem Atomstreit mit Iran das falsche Signal. Russlands Verteidigungsminister und Vize-Ministerpräsident Sergej Iwanow erklärte dagegen am 17. Januar in Moskau, seine Regierung denke darüber nach, auf entsprechende Anforderungen Irans weitere Defensivwaffen zu liefern.

„In Übereinstimmung mit unseren Verträgen haben wir Flugabwehrsysteme vom Typ TOR-M1 mit kurzer Reichweite ausgeliefert“, ergänzte Iwanow vor Journalisten. Russland entwickle seine militärische und technische Kooperation mit Iran in Übereinstimmung mit internationalem Recht. „Wenn Iran Verteidigungsausrüstung – ich betone Verteidigungsausrüstung – für seine Streitkräfte kaufen will, warum nicht?“

Aus dem Verteidigungsministerium in Moskau verlautete, die Lieferungen hätten einen Wert von rund einer Milliarde Dollar und seien noch nicht abgeschlossen. Waffenlieferungen Russland nach Iran und die atomare Zusammenarbeit beider Länder haben die Beziehungen zu den USA belastet. Russland hatte Ende vergangenen Jahres den UN-Sanktionen gegen Iran nur zögernd zugestimmt.

Ein Sprecher des US-Außenministeriums räumte ein, in der UN-Resolution würden Lieferungen konventioneller Waffen nicht pauschal verboten. Die USA und Israel äußerten aber die Sorge, Iran könne die Waffensysteme gegen seine Nachbarländer einsetzen. „Wir wollen vor allem keine tödliche Hilfe oder Unterstützung an irgendein Land sehen, das ein staatlicher Sponsor des Terrors ist“, sagte der Sprecher.

Iranische Soldaten besetzen Stationen an der irakischen Grenze

Den Angaben eines Sprechers der kurdischen Sicherheitskräfte zufolge haben am 18. Januar rund 250 iranische Soldaten zwei Grenzstationen an der Grenze zum Irak besetzt. Sie riefen „Tod für Amerika“. In den vergangenen Tagen seien mehrfach amerikanische Militärflugzeuge im Grenzgebiet gesichtet worden. Die iranischen Soldaten hätten sich an der Grenzstation Baschmach östlich von Soleimanija positioniert, dem wichtigen Übergang an der Grenze zwischen Iran und dem kurdischen Autonomiegebiet.

Teheran: Strategiewechsel im Irak nichts als Rhetorik

Staatspräsident Ahmadinedschad bezeichnete die neue Irak-Strategie Präsident Bushs lediglich als „Wechsel in der Rhetorik“. „Unglücklicherweise setzen die USA ihre Politik fort, (im Irak) falsche Entscheidungen zu treffen. Ein bloßer Wechsel in der Rhetorik beendet diese Praxis nicht“, sagte der Regierungschef der Nachrichtenagentur ISNA zufolge. Jede Politik, die die Interessen und das Wohl des irakischen Volkes ignoriere, sei zum Scheitern verurteilt. „Der einzige Ausweg für die USA besteht darin, alle Staatsangelegenheiten der gewählten irakischen Regierung zu überlassen.“

Chamenei: Iran wird niemals auf sein Atomprogramm verzichten

Irans Revolutionsführer Ali Chamenei hat den Beschlüssen des UN-Sicherheitsrats zum Trotz das Festhalten Irans an seinem Atomprogramm bekräftigt. Iran werde sein Recht auf eine eigene Nukleartechnologie nicht aufgeben, sagte er am 8. Januar vor Hunderten von Zuhörern in der heiligen Stadt Ghom. Er rief die anderen islamischen Staaten auf, die iranischen Atomaktivitäten zu unterstützen. Die Beherrschung der nuklearen Technik sei „eine Quelle des Stolzes“ für alle muslimischen Staaten.

Militär droht mit der Schließung der Straße von Hormos

Ein ranghoher iranischer Militär drohte mit der Blockade eines wichtigen Handelsweges für Öllieferungen, sollte die internationale Gemeinschaft weitere Strafmaßnahmen gegen Teheran beschließen. Durch die von Iran kontrollierte Straße von Hormos würden 40 Prozent des weltweiten Energiebedarfs transportiert, sagte Madjid Mirahmadi, Kommandeur der Bassidj-Milizen, der Nachrichtenagentur Fars. Iran habe deshalb „die Energiesicherheit der gesamten Welt“ in seiner Hand und könne durch eine Sperrung der Meeresenge Druck auf die europäische und die US-Wirtschaft ausüben.

EU: schärfere Sanktionen gegen Iran

Die Europäische Union erwägt Zeitungsberichten zufolge, im Atomstreit schärfere Sanktionen gegen Iran zu verhängen als vom UN-Sicherheitsrat gefordert. Nach einem Vorschlag der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, der nach eigenen Angaben der Financial Times Deutschland vorliegt, erwägen die EU-Außenminister unter anderem ein Einreiseverbot für zwölf iranische Industrie – und Militärvertreter. Auch das Handelsblatt zitierte in der Ausgabe vom 19. Januar einen EU-Diplomaten mit den Worten, die EU-Außenminister wollten ein Waffenembargo gegen Iran beschließen.

Laut „FTD“ soll die EU keine Ausnahmen beim Export von Nuklear- und Raketentechnologie zulassen. Vor allem das EU-Reiseverbot für bestimmte iranische Vertreter wäre eine klare Verschärfung gegenüber der Sanktionsresolution, die der UN-Sicherheitsrat am 23. Dezember verabschiedete. Es ist aber fraglich, ob diese deutschen Vorschläge durchgesetzt werden können. Diplomaten zufolge gebe es Länder in der EU – darunter Großbritannien -, die noch härtere Sanktionen wünschten. Laut Handelsblatt sollen auch die baltischen und skandinavischen Staaten einen harten Kurs unterstützen. Länder wie Italien oder Spanien stünden solchen Plänen eher skeptisch gegenüber.

Ahmadinedschad in Lateinamerika - Gemeinsamer Kampf gegen die USA

„Wir sind Anhänger des Friedens. Die USA befinden sich im Krieg mit der gesamten Welt“, sagte Irans Staatspräsident, nachdem er in Ecuador der Vereidigung des Präsidenten Rafael Correa in Quito beigewohnt hatte. Auf seinem viertägigen Lateinamerikareise vom 13. bis 17. Januar hielt sich der Regierungschef zu einem Staatsbesuch in Venezuela, Nicaragua, Ecuador und Bolivien auf.

Zum Auftakt seiner Reise traf er in Caracas mit seinem venezolanischen Kollegen Hugo Chávez zusammen, der sich beim iranischen Atomstreit demonstrativ auf die Seite Teherans gestellt hatte. Im September 2005 hatte Venezuela als einziges Land in der Internationalen Atombehörde (IAEA) gegen eine Resolution gestimmt, die Iran Verletzungen des Abkommens zur Nichtverbreitung von Atomwaffen bezichtigte.

In Caracas betonten beide Staatschefs, ihre „strategische Allianz gegen den Imperialismus“ gestärkt zu haben. Zudem kündigten sie einen gemeinsamen Kampf gegen fallende Ölpreise an. Bei diesem zweiten Staatsbesuch des iranischen Präsidenten in Venezuela wurden nach Angaben der Presse elf neue bilaterale Abkommen geschlossen.

Chávez und Ahmadinedschad vereinbarten auch, sich für eine Drosselung der Produktion der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) einzusetzen, um so die Ölpreise zu stützen. Nach dem Treffen mit Cháves im Regierungspalast Miraflores unterstrich Ahmadinedschad die Verbundenheit beider Länder. „Wir fördern die revolutionären Gedanken in der Welt“, sagte er. Chávez bezeichnete Ahmadinedschad als „Kämpfer der gerechten Sache“ und nannte ihn einen „Bruder“ und „Revolu-

tionär“. Die Präsidenten beschlossen, die Schaffung eines Fonds in Höhe von zwei Milliarden Dollar zu beschleunigen, mit dem Länder unterstützt werden sollen, die sich vom „Joch des Imperialismus“ befreien wollen.

Ahmadinedschad beklagte, dass „alle Probleme der Welt von der falschen Richtung verursacht werden, die die mächtigen Länder eingeschlagen haben“. Es herrsche Armut, Feindschaft, Diskriminierung und Ungerechtigkeit. Die Reichen seien nur auf wirtschaftlichen Gewinn aus und hätten nichts übrig für die Menschenwürde. Chávez würdigte unterdessen die „Tiefe der Beziehungen“ zwischen beiden Ländern und versicherte, man könne im Fall von Venezuela und Iran „von einem Vaterland sprechen“.

In Managua erklärte Ahmadinedschad nach einem Treffen mit seinem sandinistischen Amtskollegen Daniel Ortega, beide Länder hätten „gemeinsame Interessen, gemeinsame Feinde, gemeinsame Herausforderungen“. Er wolle die neue nicaraguanische Regierung mit Investitionen und Wirtschaftshilfe unterstützen. Die Welt solle wissen, dass Iran und Nicaragua „Seite an Seite“ marschierten. Die Staatschefs unterzeichneten Abkommen über den Beginn der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen ihren Ländern.

Die Abkommen sehen unter anderem die Hilfe Irans beim Bau von Wasserkraftwerken, Zement- und Autofabriken vor. Außerdem will das seit kurzem von Sandinisten beherrschte Nicaragua mit iranischer Unterstützung seine Häfen ausbauen und die Landwirtschaft industrialisieren. Irans Vizeaußenminister Said Djalili sagte in Managua, Iran könne Nicaragua helfen, Autos und landwirtschaftliche Maschinen zu bauen sowie Chemieprodukte und Zement herzustellen.

Ortega bezeichnete die Hilfe Irans in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Ahmadinedschad als unschätzbar. Sie werde die Probleme des verarmten mittelamerikanischen Landes langfristig lösen. Ahmadinedschad sagte, Armut und Gewalt in der Welt seien die Folge „der schlechten Verwaltung der Mächte des weltweiten Imperialismus“. Beide Länder vereinbarten die Eröffnung einer Botschaft im jeweils anderen Land. Ahmadinedschad will sich für einen Erlass nicaraguanischer Schulden in Iran einsetzen.

Ähnliche gegenseitige Zusicherungen wurden auch in Ecuador und Bolivien ausgetauscht. Ob die beschlossenen Wirtschaftsabkommen und die von iranischer Seite versicherten Finanzhilfen eingehalten werden, darf bezweifelt werden. Iran selbst steckt in einer tiefen Wirtschaftskrise. Fünfzig Prozent der Bevölkerung leben an oder unter der Armutsgrenze. Bei der Frage, wofür der Reichtum des Landes, vor allem die Öleinnahmen verwendet werden, haben sicherlich noch andere im Land ein Wörtchen mitzureden. Schon die Reise des Präsidenten in die lateinamerikanischen Staaten zu einer Zeit, in der über den Haushalt im Parlament verhandelt wurde, hat im islamischen Parlament viel Unmut ausgelöst.

Der eigentliche Sinn der Reise war, dem Westen, vor allem den USA zu demonstrieren, dass Iran nicht isoliert ist und es zahlreiche Länder gibt, die sich dem Druck aus Washington nicht beugen werden, Iran aus der Weltgemeinschaft auszugrenzen. Die Reise sollte auch die Rolle des Staatspräsidenten als Vorkämpfer gegen den Imperialismus unterstreichen und die Kritik, die im Inland wegen seiner verheerenden Innenpolitik immer lauter wird, zurückdrängen. Zum Leidwesen des Präsidenten wurde jedoch sein Staatsbesuch von der Öffentlichkeit im eigenen Land kaum wahrgenommen. Selbst konservative Zeitungen widmeten dem Besuch wenig Aufmerksamkeit.

Grüne für Wiederaufnahme der Gespräche mit Teheran

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Deutschen Bundestag, Fritz Kuhn, der sich gemeinsam mit seinem Parteikollegen Volker Beck vom 22. bis 26. Januar zu einem Besuch in Teheran aufhielt, sprach sich für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Iran aus. Vorerst verfüge Iran noch nicht über Atomkraftwerke, in denen atomarer Brennstoff verbraucht werde, sagte Kuhn in der deutschen Botschaft vor Journalisten. Es gebe also noch Zeit, um den Dialog zu suchen, Befürchtungen zu zerstreuen und Vertrauen zu schaffen.

Während ihres Iran-Aufenthalts führten Kühn und Beck Gespräche mit mehreren Parlamentsabgeordneten, unter anderem mit dem Vorsitzenden des Außenaus-

schusses, Alaeddin Borudscherdi. Die beiden Politiker haben auch den seit fast 14 Monaten im Iran inhaftierten Pfälzer Donald Klein im Gefängnis besucht.

Köhlers Gnadengesuch für inhaftierten Deutschen

Wie aus Berichten iranischer Medien bekannt wurde, hat sich Bundespräsident Horst Köhler um die Freilassung des in Iran inhaftierten Deutschen Donald Klein bemüht. Klein war 2005 bei einer Angeltour in iranisches Hoheitsgewässer geraten und im Januar 2006 zu 18 Monaten Haft verurteilt worden. Kurz vor Weihnachten habe Köhler ein Gnadengesuch an den iranischen Revolutionsführer Ali Chamenei gerichtet, Klein vorzeitig zu entlassen, berichtete auch der Spiegel.

Köhlers Schreiben sei am 18. Dezember in Teheran eingegangen, schreibt der Spiegel. Zur gleichen Zeit habe der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Rolf Mützenich, Vorstandsmitglied der Deutsch-Iranischen Gesellschaft, Klein zwei Stunden lang allein im Evin-Gefängnis sprechen können, wo der Lambsheimer gefangen gehalten wird. Erschwert würden die diplomatischen Bemühungen durch den Wunsch Irans, seinerseits den in Deutschland zu lebenslanger Haft verurteilten Attentäter Kazem Darabi freizubekommen.

Darabi war laut Berliner Urteilsspruch Drahtzieher des Anschlags auf das Restaurant „Mykonos“ in Berlin, bei dem 1992 im Auftrag Irans vier iranisch-kurdische Oppositionelle liquidiert wurden. Bei Gesprächen über eine vorzeitige Entlassung Kleins habe die iranische Seite nun gegenüber deutschen Diplomaten mehrfach den Namen Darabi ausdrücklich genannt und darauf hingewiesen, dass auch diese Frage zu lösen sei.

Indes haben sich die Opferanwälte im Mykonos-Prozess entschieden gegen die Freilassung Darabis gewandt. Er solle unter keinen Umständen ohne eine Distanzierung Teherans von dem Verbrechen und nicht ohne Entschädigung der Opfer aus dem Gefängnis kommen. Die Rechtsanwälte Hans-Joachim Ehring und Wolfgang Wieland warnten die Bundesregierung davor, dem Drängen der iranischen Regierung nachzugeben. „Eine frühzeitige Freilassung Darabis und sein zu erwartender Heldenempfang in Teheran würden die Opfer verhöhnen“, erklärten die Anwälte.

Jüdische Gemeinde schließt Rabbiner nach Holocaust-Konferenz aus

Die Israelitische Kultusgemeinde in Wien hat einen radikalen, aus den USA stammenden ultraorthodoxen Rabbiner wegen der Teilnahme an der Holocaust-Konferenz in Teheran ausgeschlossen. Moische Arieh Friedmann, der den Staat Israel kategorisch ablehnt, werden nach Angaben der Gemeinde „grob schädigendes Verhalten, insbesondere seine Kontakte zu geschichtsrevisionistischen, antisemitischen Kreisen“, vorgeworfen.

Friedmann, der in Wien immer zu antizionistischen Versammlungen aufruft, gilt bei der jüdischen Gemeinde Wiens als Hochstapler. Sie bestreitet auch seinen Rabbiner-Status. In Teheran wurde er bei einer freundschaftlichen Begrüßung durch Präsident Ahmadinedschad gefilmt. Er wurde mit den Worten zitiert, er bete „drei Mal täglich für das Verschwinden Israels mit friedlichen Mitteln“.

Zahlreiche ultraorthodoxe Juden lehnen bis heute den Zionismus und damit die Gründung des neuen Israels aus religiösen gründen ab. Gegen Friedmann läuft nach Angaben der Kultusgemeinde unter anderem eine Anzeige wegen des Verbrechens der Verharmlosung des Holocaust.

Auch in Frankreich laufen Ermittlungen gegen einen Teilnehmer an der Teheraner Holocaust-Konferenz. Die Pariser Staatsanwaltschaft will in „Vorermittlungen“ klären, welche Äußerungen der emeritierte Literaturprofessor Robert Faurisson bei dem Treffen in Teheran gemacht hat. Für eine Strafbarkeit spielt nach Angaben der Ermittler auch eine Rolle, ob diese Äußerungen über die französischen Medien verbreitet wurden.

Faurisson ist schon mehrfach wegen der Leugnung des Holocaust verurteilt worden. Erst im Oktober hatte er eine dreimonatige Bewährungsstrafe erhalten, weil er den Massenmord an den Juden als Lüge und die Vernichtungslager als „Fälschung“ und „Täuschung für Touristen“ bezeichnet hatte. Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac hatte nach der Teheraner Holocaust-Konferenz ein Verfahren gegen Faurisson gefordert.